
Das Tiefenlager für radioaktive Abfälle – ist der beste Standort auch sicher genug?

Über die der Energie-, Klima- und Umweltpolitik wird derzeit gestritten. Der Bau von Atomkraftwerken soll nach dem Willen des Parlaments wieder möglich werden. Damit rückt auch die Frage der Lagerung der radioaktiven Abfälle wieder in den Vordergrund. Im September besuchte Bundesrat Albert Rösti die Standortregion für das Geologische Tiefenlager. Sicherheit, Akzeptanz und Abgeltungen sind die zentralen Punkte.

Ende September kam es im Nationalrat zu hitzigen Diskussionen. Auslöser war der Hitzesommer mit der extremen Trockenheit. Der Bundesrat tue zu wenig gegen die Klimaerwärmung, monierten die einen. Andere wiederum möchten neue Atomkraftwerke bauen. Das Ziel ist die «Dekarbonisierung». Und das bedeutet weg von den fossilen Energieträgern. Aber wie gelingt das? Bundesrat Albert Rösti sieht sich, wie er in der Debatte selber sagte, in einem [gordischen Knoten](#). Bei jeder Energieform sei er mit einer relativ grossen und mächtigen Opposition konfrontiert. In der Kritik stehen Staudämme, Windenergieanlagen, Solarpanels oder Kernkraft mit den radioaktiven Abfällen.

Neue Atomkraftwerke wieder salonfähig

Für eine Mehrheit im Parlament ist der Bau neuer Atomkraftwerke wieder salonfähig gewordenen. Damit gerät die Frage, wie mit den noch Jahrtausende strahlenden radioaktiven Abfällen umgegangen wird, plötzlich wieder ins Rampenlicht. Bis vor Kurzem beschäftigte diese Frage vor allem die Region Nördlich Lägern. In Würenlingen im Kanton Aargau soll nämlich die Verpackungsanlage der Brennstäbe entstehen. Die Container mit den radioaktiven Abfällen sollen dann per Lastwagen ins Zürcher Unterland gefahren werden, wo sie in Stadel im Zürcher Unterland, unweit des Rheins und der Staatsgrenze zu Deutschland, in mehreren Hundert Meter Tiefe im Opalinuston eingelagert werden sollen. Die harmlos klingende Bezeichnung dafür: ein geologisches Tiefenlager. Die Geologie soll es also richten.

Die Nagra hat das Rahmengesuch für das Tiefenlager und die Verpackungsanlage eingereicht. Dieses wird nun durch das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI geprüft. Danach können sich Betroffene und interessierte Kreise dazu äussern. Schliesslich wird der Bundesrat entscheiden und das Vorhaben dem Parlament vorlegen. Und falls das Parlament grünes Licht für das geologische Tiefenlager gibt, wird höchst wahrscheinlich das Referendum ergriffen, vor allem wenn wieder neue Atomkraftwerke gebaut werden sollen. Somit wird das Volk das letzte Wort haben.

Bundesrätlicher Besuch in der Standortregion

Nur rund drei Wochen vor der emotionalen Debatte im Parlament besuchte Bundesrat Rösti zum ersten Mal seit seinem Amtsantritt die Standortregion des Tiefenlagers. In seiner Rede dankte er der Bevölkerung für die Bereitschaft, ein nationales Projekt mitzutragen. Die Anliegen der Bevölkerung seien ihm wichtig, sagte der Bundesrat. Mittels QR-Code konnten die Anwesenden Fragen stellen. Einige wurden auch beantwortet. Doch ein Dialog auf Augenhöhe fand nicht statt.

Anwesend waren auch die beiden Regierungsräte Stephan Attiger (Aargau) und Martin Neukom (Zürich). Letzterer betonte die drei Punkte, die ihm wichtig sind und er bereits früher vorbrachte: Sicherheit, Akzeptanz, Abgeltungen. Die Reihenfolge ist bewusst gewählt. An diesen drei Punkten werde ich mich nachfolgend orientieren und einige Gedanken dazu entwickeln.

Sicherheit

Es scheint, dass sich hier vordergründig alle einig sind. Die Sicherheit wird in Zusammenhang mit der Lagerung von radioaktiven Abfällen in der Regel an erster Stelle genannt. Hier soll es keine Abstriche geben. Doch was ist Sicherheit genau?

Geht es um die Suche nach dem sichersten Standort? Oder gilt es bestimmte Kriterien bezüglich Sicherheit in jedem Fall zu erfüllen. Das tönt zwar fast gleich, aber es ist nicht das Gleiche. Den sichersten Standort wird man in jedem Fall finden. Doch das ist relativ. Vielmehr ist die Frage zu stellen, ob der sicherste Standort auch sicher genug ist.

Das ist wie bei einem 100 Meter Lauf. Einen Sieger wird es immer geben. Es ist höchst unwahrscheinlich, dass von den Athletinnen und Athleten es niemand ins Ziel schafft. Anders sieht es aus, wenn als Bedingung gilt, die 100 Meter in weniger als 10 Sekunden zurückzulegen. Der Jamaikaner Usain Bolt, der Weltrekordhalter, schaffte es in 9.58 Sekunden. Alex Wilson hält den Schweizer Rekord mit 10.08 Sekunden. Bisher schaffte es also noch kein Schweizer die Strecke in weniger als 10 Sekunden zu laufen.

Es ist also entscheidend, ob relative Kriterien oder absolute Kriterien zur Anwendung kommen. Es liegt auf der Hand, dass für ein Tiefenlager minimal zu erfüllende Kriterien gelten müssen. Die sogenannten Eignungskriterien legen Minimalanforderungen fest. Das ENSI legt Richtlinien fest für Anforderungen an den Nachweis der Langzeitsicherheit. Die entscheidende Frage ist, wie hoch die Latte gesetzt wird. Wenn nichts schief gehen darf, dann muss sie hoch gesetzt werden. Und wenn die Latte heute noch nicht übersprungen werden kann, also nicht alle erforderlichen Kriterien erfüllt werden, so sind weitere Anstrengungen für eine gute Lösung nötig.

Akzeptanz

Die Akzeptanz für ein Tiefenlager ist zum einen national erforderlich, aber auch in der Region. Nicht förderlich ist, dass sich die Standortwahl für das Tiefenlager nun mit der Frage neuer Atomkraftwerke vermischt. Die Befürworter wollen, dass das mit dem Tiefenlager möglichst rasch geregelt ist. Die Gegner hingegen werden kein Interesse an einer Lösung zeigen.

Was die Akzeptanz auch nicht wirklich fördert, ist der Auftritt eines Bundesrates, wie wir ihn kürzlich erlebt haben. Nicht Albert Rösti war das Problem, sondern das Setting der Veranstaltung. Zuerst sprach der Bundesrat. Dann waren die Vertreter der Gemeinden an der Reihe. Sie hatten die Gelegenheit, auf Fragen der Moderatorin zu antworten. Anschliessend referierten Spitzenbeamte des Bundesamtes für Energie, der Hauptprüfer des ENSI sowie der CEO der NAGRA. Und der Vollständigkeit halber war noch Platz für zwei Regierungsräte der betroffenen Kantone sowie für den Landrat aus Waldshut.

Es wäre die ideale Gelegenheit gewesen, die Vertreter der Gemeinden zusammen mit den Regierungsräten neben den Bundesrat aus Bern zu stellen und ein Gespräch auf Augenhöhe zu führen. Zuerst mit den Zürchern, dann mit den Aargauern und schliesslich auch noch mit den Nachbarn aus Baden-Württemberg. Das wäre ein Zeichen für echten Dialog gewesen. Doch die Chance wurde nicht genutzt.

Abgeltungen

Wenn es ums liebe Geld geht, dann wird es oft schwierig. Die Gemeindevertreter von Stadel und Würenlingen erwähnten das heikle Thema, ebenso wie der Landrat aus Waldshut. Den entscheidenden Impuls gab jedoch Regierungsrat Martin Neukom, indem er an den Besuch von Alt-Bundesrätin Simonetta Sommaruga in Glattfelden und ihre damaligen Aussagen zu den Abgeltungen erinnerte. Das war Ende Oktober 2022 kurz nach Bekanntgabe des Standortentscheid. Albert Rösti sagte in der Diskussion, er könne sich nicht vorstellen, dass die Landesregierung einer Rahmenbewilligung zustimme, ohne dass die Abgeltungsfrage geklärt sei. Der Bundesrat bestätigte dies nach dem offiziellen Teil auch gegenüber [SRF](#). Zudem sagte er dem [Regionaljournal Zürich Schaffhausen](#), er erwarte von den Beteiligten, dass sie eine Lösung finden.

Doch wie viel sind solche Aussagen wert? Die Standortgemeinden können sich nämlich nicht auf einen Artikel im Gesetz abstützen, der dies verbindlich vorschreiben würde. Mit anderen Worten: Die Gemeinden müssen die Abgeltungen mit den Entsorgungspflichtigen aushandeln. Das ist ein Systemfehler. Wirklich verhandeln kann man eigentlich nur, wenn Verhandlungen auch scheitern können. Doch die Gemeinden können bei einem unbefriedigenden Verhandlungsergebnis nicht einfach sagen, dann wird halt nicht bei uns gebaut. Den Standortentscheid haben andere getroffen.

Nicht ganz einfach auch die Frage, wie das ausgehandelte Geld verteilt und für was es verwendet wird. Welchen Nutzen soll die heutige Generation davon haben? Und was soll für spätere Generationen reserviert bleiben? Streit ist so gut wie vorprogrammiert. Er lässt sich wohl nur vermeiden, wenn ein kluges Vorgehen ausgedacht wird.

Und was ist mit den Anwaltskosten? Wer trägt diese, sollte das Projekt, aus welchen Gründen auch immer, doch nicht realisiert werden können? Falls das Tiefenalager Schiffbruch erleidet, bleiben die Gemeinden dann auf den Kosten sitzen? Oder kann in diesem Fall der Stilllegungs- und Entsorgungsfonds angezapft werden? Wohl kaum.

Vorstösse im Parlament

Michèle Dünki-Bättig, Nationalrätin aus Glattfelden, reichte sieben Tage nach dem bundesrätlichen Besuch in der Standortregion im Parlament eine [Frage](#) ein. Sie wollte wissen, ob der Bundesrat bestätigen könne, dass er die Rahmenbewilligung für das Tiefenalager

Nördlich Lägern nur erteilen werde, wenn eine verbindliche Abgeltungsvereinbarung mit der Standortsregion vorliegt.

In der schriftlichen Antwort des Bundesrates, publiziert sieben Tage nach dem Einreichen der Frage, heisst es wörtlich: «Unabhängig von der mehrfach öffentlich geäusserten Erwartungshaltung der betroffenen Regionen ist eine Abgeltungsvereinbarung keine rechtliche Voraussetzung für die Erteilung einer Rahmenbewilligung. Erteilt der Bundesrat eine Rahmenbewilligung, muss dieser Entscheid durch das Parlament genehmigt werden und dagegen kann das Referendum ergriffen werden. Die Rahmenbewilligung ist somit auch ein politischer Entscheid.» Man muss sich diese Sätze mal auf der Zunge zergehen lassen ...

Die Antwort überrascht offenbar nicht wirklich. Noch am selben Tag reichte Michèle Dünki-Bättig mit Ratskolleginnen und -kollegen nämlich auch noch eine [Interpellation](#) ein. Sie wollen vom Bundesrat wissen, ob dieser immer noch der Meinung ist, eine gesetzliche Regelung sei nach wie vor nicht notwendig. Der Bundesrat muss nun bis zur nächsten Session antworten. Dann wird sich zeigen, wie die Äusserungen von Albert Rösti gegenüber der Bevölkerung der Standortregion zu verstehen sind. Gut möglich, dass der Sommer 2026 später einmal als Kipppunkt betrachtet wird.

18. Oktober 2026

.....

Lukas Denzler
Dipl. Forst-Ing. ETH / Freier Journalist BR
Bergstrasse 27 / 8174 Stadel

www.lukasdenzler.ch